

[In diesem Beitrag](#) wird die Forderung des Transatlantikers und langjährigen Leiters der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, diskutiert, die Bundesregierung müsse Deutschland in eine „Kriegswirtschaft“ führen. Wenn sie „auch nur halbwegs ernst gemeint“ sei, hätte das Konsequenzen – u.a., dass sich Berlin „unmissverständlich als direkte Kriegspartei gegen Russland“ sähe sowie die „massive Verlagerung von Prioritäten in den Produktionsketten und in Hinsicht auf den Zugang zu Energieträgern“. Wir haben hierzu interessante Leserbriefe erhalten. Danke. **Christian Reimann** hat eine Auswahl zusammengestellt.

1. Leserbrief

Guten Tag,

mit den Aussagen Ischinger's wird immer deutlicher, daß wir hier in Deutschland (nicht minder in der EU und den USA) ein großes Problem mit 'unseren Eliten' (bzw. denen, die sich dafür halten) haben. Hier ist außerhalb des Radars der Bevölkerung, die mit ihrem Leben in einer realen Welt beschäftigt ist, eine Bande mit geschlossenem Weltbild und selbstreferentiellen Kommunikationskreisen herangewachsen, die auf Aggression gebürstet ist und uns alle zur Geisel nehmen will. Gegen alle Realitäten (militärisch, ressourcenmäßig, ökonomisch, diplomatisch) will man Rußland ausschalten. Eine Niederlage in der NATO-Rußland Auseinandersetzung via Ukraine darf es für diese Mischpoke daher nicht geben. Das wäre der Todesstoß für die von ihr praktizierte Politik der letzten 30 Jahre. Wir Citoyens sollten einen Gang zulegen, um diese Bande loszuwerden. Denn eine wichtige Erkenntnis unserer faschistischen Vergangenheit besagt, daß das totale Versagen der Eliten einer der wesentlichen Bausteine für seine Existenz war.

Ich grüße Sie, machen Sie es weiter gut!
Hans Günter Grewer

2. Leserbrief

Sehr geehrte NDS Redaktion,

Der NDS Artikel hat mich vom Stuhl gehauen.

Der Grund dafür: Wie sich die Geschichte wiederholt und zwar in einer dämonischen Weise.

Ist Wolfgang Ischinger auf der Suche nach einer modernen Version von einem Ministerium für Bewaffnung und Munition?

Hatte Deutschland schon mal und zwar unter Leitung von Albert Speer, der nach dem Ableben von Fritz Todt am 8 Februar 1942 Rüstungsminister wurde.

Den Forderungen von Wolfgang Ischinger käme auch ein moderner Hans Kehrl zugute, einen General der zivilen Wirtschaft, der könnte dann die praktische Leitung übernehmen in einem Ministerium für Rüstung und Kriegsproduktion.

Mit freundlichem Gruß
Patrick Janssens

3. Leserbrief

Lieber Florian Warweg! Liebe NDS-Redaktion!

Herzlichen Dank für Ihren Artikel: „Wolfgang Ischinger fordert „Kriegswirtschaft“ für Deutschland“!

Für uns, die wir den letzten Weltkrieg noch miterlebt haben, ist diese Forderung Ischingers erst recht ungeheuerlich.

Leider finden wir keine Adresse von W. Ischinger, um ihm geharnischt zu schreiben. Können Sie uns da helfen?

Friedliche Grüße!
Helene+Ansgar Klein

4. Leserbrief

Liebe Nachdenkseiten-Redaktion,

zu dem Artikel über die Forderung von Herrn Ischinger nach „Kriegswirtschaft“ ist noch

anzumerken, dass eine Kriegswirtschaft nicht nach den derzeit bestehenden marktorientierten Regeln und Gesetzen funktionieren kann. Es ist schlichtweg nicht vorstellbar, dass das „Kriegsministerium“ im kurzfristigen Bedarfsfall z.B. von Artilleriemunition erst eine europaweite Ausschreibung macht, um dann nach neun Monaten Vergabeverfahren den Zuschlag an den Bestbietenden zu erteilen. Es ist ferner nicht vorstellbar, dass die Deckung eines militärisch dringenden Bedarfs davon abhängen soll, ob z.B. Rheinmetall die Rentabilität der Bereitstellung unter Bedingungen von Anbieterkonkurrenz hinreichend hoch bewertet, um sich ausreichend ins Zeug zu legen auch schnell zu liefern. Kriegswirtschaft bedeutet notwendigerweise Kommandowirtschaft, also ungefähr das Gegenteil dessen, was derzeit die Regeln unserer Marktwirtschaft prägt.

Dies zeigt, dass Marktwirtschaft und Marktregulierungen nur solange wichtig und verbindlich sind, als dass sie der Lenkung und Begrenzung nachrangiger Aktivitäten dienen. Sobald die Priorität für ein Produkt nur hoch genug steigt (z.B. nach Kriegswaffen und Munition im Kriegsfall), kehren wir zu Organisationsformen zurück, die eher an Staats- oder Planwirtschaft erinnern.

Oder anders ausgedrückt: Die Regeln des neoliberalen Wirtschaftens gelten nur für die unwichtigen bis unerwünschten Akteure des Wirtschaftsbetriebs.

Was sich bei alledem nicht ändern soll, ist der Kapitalismus an sich. Üblicherweise erfolgt die Bereitstellung von kriegsnotwendigem Material am Ende im gegenseitigen Interesse und Einvernehmen von staatlichen Besteller und privatwirtschaftlichen Kapital. Mit regelmäßig atemberaubenden Gewinnaussichten für die Rüstungsindustrie.

Viele Grüße
Euer Leser Stefano Jardella

5. Leserbrief

Liebe Nachdenkseiten,

nachstehend mein Leserbrief zu Ihrem Artikel:

Vielleicht sollten wir Folgendes in Betracht ziehen: Hinter der mehr oder minder deutlichen Proklamation einer KRIEGSWIRTSCHAFT kann sich eine Einsicht verbergen. Die Einsicht

nämlich, dass der Standard-Verlauf kapitalistischen Wirtschaftens in Deutschland mittlerweile viel Sand im Getriebe hat und noch mehr Sand ins Getriebe geschaufelt werden soll: Einerseits durch die Kappung wirtschaftlicher Bande mit Russland. Andererseits durch den außenpolitisch ins Auge gefassten Abbruch essentieller Verbindungen zu China. Der sich aus einer rasanten Deindustrialisierung in Richtung „Agrarstaat“ ergebende unerhörte konjunkturelle Einbruch könnte womöglich nur noch durch eine Kriegskonjunktur aufgefangen werden. Das heißt, durch eine staatliche Vernichtungsökonomie jenseits der Produktion von Gebrauchsgütern, wie sie einst mit dem Ende der Weimarer Republik einherging. Eine derartige „Kriegswirtschaft“ dürfte bis auf Weiteres funktionieren, auch ohne dass Deutschland unmittelbare Kriegspartei wird. Um eine so verstandene Kriegswirtschaft gegen eine verarmende und widerspenstiger werdende Bevölkerung durchzusetzen könnte vermehrt ein repressives Staats-Personal in Erscheinung treten. Einen vagen Vorgeschmack auf eine solche entfesselte Repression bieten gewisse Entgleisungen während der Corona-Pandemie, als man selbst greisen Mitbürgern ordentlich „in die Nieren boxte“ und Demonstrationen im Freien gegen die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Aerosolforschung untersagte. Zum Zusammenhang von Kriegskonjunktur und Ende der Weimarer Republik lese man die nach wie vor ergiebigen Studien Alfred Sohn-Rethels in seinem Buch ÖKONOMIE UND KLASSENSTRUKTUR DES DEUTSCHEN FASCHISMUS.

Dr. Karim Akerma

6. Leserbrief

Liebe Nachdenkseitenredaktion,

die Forderung von Herrn Ischinger bestärkt mich in der Annahme, dass Deutschland ziemlich pleite sein muss.

Nur Staaten, denen das Wasser bis zum Hals steht, die für sich keine Chance mehr sehen aus der Misere der Wirtschaftsniederlage, auch verursacht von bestem Freund der Welt, zu kommen. Und das wird man nicht wenn Big Brother das nicht will.

Man geht tatsächlich das Risiko eines dritten Weltkrieges ein auf die Gefahr hin, dass unser Land danach nicht mehr existiert.

Da schon immer monetäre Probleme von Staaten kriegerische Konflikte hervorgerufen haben unter den Völkern, die als Individuen niemals auf ihr Gegenüber losgehen würden,

wird diese Katastrophe hinter irgend einem Busch versteckt. Sei es Corona, oder der momentane Krieg in der Ukraine, der mit unseren Problemen nicht das Mindeste zu tun hat, sondern unsere Volkswirtschaft an den Rand des Zusammenbruchs treiben wird, durch immer unverschämter werdende Forderungen an unser Land von einer Seite, der wir nichts schulden, und den Interessen sogenannter Freunde, die uns wirtschaftlich über die Klinge springen sehen wollen. Anders ist das alles nicht mehr zu verstehen.

Langsam begreife ich sogar die Merkelsche Politik. Ich denke, sie wusste was auf uns zukommen würde. Der Bau der beiden Nordstreams war der Versuch Deutschland vor den Folgen einer irrwitzigen Kriegslüsterheit und ihren Verwerfungen in Europa zu schützen. So wenigsten oder so ähnlich glaube ich, könnte es gewesen sein.

Wenn ja, dann sitzt unser größter Feind nicht im Osten, denn die Sprengung der Pipelines ist nichts anderes als eine offene Kriegserklärung an Deutschland.

Es wird an der Zeit diesen Zeitgenossen, die schon vor 30 Jahren hätten gehen müssen, die Tür zu weisen. Wenn diese Versager und Befehlsempfänger in Berlin, die sich Politiker nennen, diesen Akt nicht stemmen, wird unser Land nie wieder frei sein, wenn es das jemals überhaupt wieder wird.

Das Kapital der Heuschrecken lässt anderes erwarten. Mein liebes, böses Deutschland, Du bist also am Ende. Nicht anders ist dieser Zwischenruf eines Mannes zu verstehen, der seine ganze Existenz und indirekt die Deutschlands auf Vasallentum aufgebaut hat. Ich glaube ich werde nochmal zu einem gläubigen Menschen, denn nur die Macht eines guten Gottes wird die Niedertracht der Menschheit brechen können.

Meine Verzweiflung wird dieser Tage größer und größer, auch darüber, dass das alles von den meisten Menschen in diesem Land nicht einmal erkannt wird.

Mit dem Wunsch in einem Jahr noch kommunizieren zu können wie gerade eben, verbleibe ich mit freundschaftlich guten Wünschen für alle an dieser Mission Beteiligten.


Wolfgang Schuckmann

Anmerkung zur Korrespondenz mit den NachDenkSeiten

Die NachDenkSeiten freuen sich über Ihre Zuschriften, am besten in einer angemessenen Länge und mit einem eindeutigen Betreff.

Es gibt die folgenden E-Mail-Adressen:

- [leserbriefe\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:leserbriefe@nachdenkseiten.de) für Kommentare zum Inhalt von Beiträgen.
- [hinweise\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:hinweise@nachdenkseiten.de) wenn Sie Links zu Beiträgen in anderen Medien haben.
- [videohinweise\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:videohinweise@nachdenkseiten.de) für die Verlinkung von interessanten Videos.
- [redaktion\(at\)nachdenkseiten.de](mailto:redaktion@nachdenkseiten.de) für Organisatorisches und Fragen an die Redaktion.

Weitere Details zu diesem Thema finden Sie in unserer „[Gebrauchsanleitung](#)“ .